



Famill 2000

Association sans but lucratif

Ligue Luxembourgeoise pour la reconnaissance du travail éducatif et social au foyer

Boîte postale 1988 – L-1019 Luxembourg

E-mail: famill2000@email.lu

CCPL LU72 1111 1517 0901 0000

Luxemburg, am 11.05.07

Deklaration des Premiers zur Lage der Nation Pressemitteilung der Famill 2000

Keine soziale Gerechtigkeit für die Familien?

Mit Interesse konnte festgestellt werden, dass dem Premier die im Tripartite-Paket 2006 enthaltene Des-Indexierung der sozialen Leistungen für Familien (Kindergeld, Entschädigung für Elternurlaub, ...) eine ausdrückliche "Bemerkung" Wert war und er sie auf keinen Fall als Abbau verstanden haben will, sondern im Gegenteil als grossartigen sozialen Fortschritt darstellt.

Nun dies ist, mit Verlaub, bei näherem Hinsehen nur ein Teil der Wahrheit und beinhaltet zwei gravierende Konsequenzen, die vielleicht bisher nicht jedem ausreichend bewusst waren:

Einerseits werden auf diesem Weg die sozialen Direkt-Leistungen für alle Familien ersatzlos gekürzt; ihr Prozentsatz im Gesamteinkommen der Familie wird bei weiteren Indexanpassungen sogar schrumpfen. Allseits in den Sonntags- und Parteireden als Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung hochgelobt wird die Familie dennoch Opfer von rücksichtslosen Sparmassnahmen. Hier wird am falschen Ende gespart! Gibt es im ganzen Staatshaushalt wirklich keine anderen Felder auf denen man sparen kann?

Andererseits, so die Argumentation des Premiers, würden auf diesem Weg als weiterer Baustein einer "Strukturaufrüstung" die notwendigen finanziellen Ressourcen frei, um die öffentliche Kinderbetreuung auszubauen. Das heisst im Klartext, dass zu einseitigen Lasten der Familien, die ihre Kinder - unter grossem finanziellem Verzicht - selbst zu Hause erziehen, die institutionalisierte Kinderbetreuung favorisiert wird und heimlich, still und leise zur allein seligmachenden Alternative erklärt wird.

Es geht letztlich hier nicht darum die einzelnen Arten der Kinderbetreuung gegeneinander abzuwägen, sondern im Gegenteil auch in Zukunft sicher zu stellen, dass die Familien selbst und ohne (finanzielle) Beeinflussung durch den Staat, frei ihren Weg einschlagen können. Auch wenn die Parteien und Gewerkschaften in ihren ersten Stellungnahmen diese Fragen nicht erwähnt haben, bleibt eine öffentliche Diskussion hierüber unabdingbar und stellt insbesondere sie als gesellschaftliche Akteure vor die Verantwortung, Farbe zu bekennen.

Im Übrigen wäre es angesichts der sich allmählich verbessernden wirtschaftlichen Lage nicht wesentlich angebrachter die unsoziale und ungerechte Des-Indexierung ganz einfach schnellstmöglich aufzuheben?

Der Vorstand von "Famill 2000"